NEUES FORUM LEIPZIG

Informationsblatt Nr. 7 · Leipzig, den 28. November 1989
Verantwortlicher Redakteur: Jan Peter · Stötteritzer Straße 83 · Leipzig · 7050
Konto der Redaktion Leipzig 5602-47-216698

"DDR soll DDR bleiben!"

Wir solidarisieren uns mit dem Aufruf verschiedener Persönlichkeiten, der am Nachmittag des 28.11.89 von Stefan Heym verlesen wurde.
Auch wir treten für "eine sozialistische Alternative zur BRD" ein !

Die Redaktion

kommentar ... kommentar ...

Partei oder nicht Partei - ist das jetzt die Frage?

Wer sich zur Mitarbeit im NEUEN FORUM entschloß, hat auch den Gründungsaufruf "Aufbruch 89 - NEUES FORUM" akzeptiert, in dem es u.a. heißt: "Wir bilden ... eine gemeinsame politische Plattform für die ganze DDR, die es den Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen möglich macht, sich an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger Gesellschaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen." Dieser Grundgedanke macht einen Teil der großen Anziehungskraft des NEUEN FORUM aus. Genauso wichtig war, daß sich endlich eine politische Organisation bildete, die außerhalb des festgefahrenen Parteienblocks stand und basisdemokratisch funktionieren soll, also von unten nach oben.
Das gab es noch nicht. Das ist neu. Jetzt aber beginnen die Fragen. Soll das NEUE FORUM eine politische Vereinigung bleiben oder eine Partei werden? Es wird heftig gestritten. Warum? Wir haben uns als politische Plattform zusammengefunden und nach Artikel 29 der gültigen Verfassung die Zulassung als Vereinigung beantragt. Nach meiner Meinung gibt es derzeit überhaupt keinen Grund, das so Begonnene nicht fortzusetzen. Was gewinnen wir, wenn wir jetzt Partei werden? Konkretes über ein neues Parteiengesetz oder ein neues Wahlgesetz wissen wir nicht. Viel wichtiger erscheint mir deshalb, daß wir schnell zu arbeitsfähigen Formen finden, um uns über inhaltliche Fragen zu verständigen und unser Programm zu erarbeiten. Wenn wir uns jetzt zur Partei erklären, verlieren wir Mitglieder, die wir noch kürzlich aufnahmen, und unser Antrag auf Zulassung als Vereinigung wird hinfällig.

Selbstverständlich müssen wir uns entscheiden, ob wir Verantwortung auch in den Volksvertretungen übernehmen wollen. Lassen wir uns nicht einreden, nur Parteien könnten unser Land verändern und regieren! Das ist ein Alleinvertretungsanspruch nach altem Denkmuster.
Die etablierten Parteien sind durch das NEUE FORUM verunsichert, so daß sie am liebsten Vereinigungen und Bürgerinitiativen von der Parlamentsarbeit ausschließen wollen. Ein Ausschluß kann aber schlecht damit begründet werden, daß die SED jahrelang Organisationen mißbrauchte, um eigene Leute in die Volksvertretungen zu schleusen. Der Mißbrauch kann verhindert werden, indem z.B. das neue Wahlgesetz für alle Organisationen in den Volksvertretungen Doppelmitgliedschaften ausschließt.
Ich meine - Übernahme von Verantwortung in den Volksvertretungen ja, ob als Vereinigung oder Partei ist zweitrangig! Und wenn wir eines Tages in demokratischer Willensbildung mehrheitlich beschließen sollten, eine Partei zu werden, ist es an uns, die basisdemokratische Idee weiterzuführen. Vielleicht werden wir dann eine Partei ganz neuen Typus?

Reinhard Bohse

Atomkriegszone mitten in Europa?

Am 26. April 1986 explodierte der vierte Block des Kernkraftwerkes Tschernobyl. Immer wieder erreichen uns neue furchtbare Fakten über das wahre Ausmaß dieser Katastrophe.
In der diesjährigen Dezemberausgabe der "Moscow News" werden Angaben über Tschernobyl gemacht, die alles bisher Gewußte ein Stück verblassen lassen:
Der offiziell angegebene Gesamtauswurf an radioaktivem Material betrug 50 000 000 Curie.
Das Unionsforschungsinstitut für KKW errechnete den Wert von 1 000 000 000 Curie.
Der eigene Berechnungen unternehmende Sicherheitsingenieur des Kursker KKW Jadrichinski dagegen befürchtet gar einen Wert von 6 400 000 000.
Das hieße, in Europa existiert eine Zone mit einer radioaktiven Verseuchung, wie sie mit Atomkriegshandlungen auftreten müßte.
Die Grenze der Bodenverseuchung mit Plutonium ist auf 0,1 Curie festgelegt.
Ein Drittel des Territoriums Belorusslands wurde bleibend verseucht, dazu große Teile der Ukraine. In dem Gebiet Belorusslands, welches von der radioaktiven Wolke als erstes berührt wurde, gäbe es praktisch

kein gesundes Kind mehr.

In Börln bei Dahlen, etwa 40 Kilometer von Leipzig entfernt, wurden in den letzten Jahren umfangreiche Bodenuntersuchungen durchgeführt, um das Gelände für den Bau eines Kernkraftwerkes zu erkunden. Im Frühjahr diesen Jahres schien es immer klarer zu werden, daß Börln der Standort für das, dem Süden der DDR zugedachte KKW sein solle. Der Pfarrer des Ortes, Herr Schneider, erhielt bei einem Gespräch mit dem damaligen stellvertretenden Minister für Kohle und Energie die Zusicherung, über getroffene Entscheidungen bis Ende August 1989 informiert zu werden. Diese Information steht bis heute aus.Niemand in Börln weiß, was geschehen wird.

briefe ... briefe ...

Aus einem offenem Brief an den Staatsratsvorsitzenden der DDR

...Die Forderung des NEUEN FORUM nach Überprüfung der Wahlunterlagen wurde von staatlicher Seite derart beantwortet, daß die Wahllisten verbrannt worden wären. Eine Überprüfung des Wahlergebnisses sei deswegen nicht mehr durchführbar...

Trotz der nicht mehr zugänglichen Unterlagen, halte ich es für eine ganz wichtige Sache, daß dem Vorwurf des Wahlbetruges mit allen möglichen Mitteln nachgegangen wird und die Verantwortlichen benannt werden; denn es dürfte unstrittig sein - falls der Verdacht sich bestätigt -, daß die gesellschaftliche Erneuerung nicht mit Menschen vorgenommen werden kann, die Ergebnisse derart wichtiger Volksentscheidungen gefälscht haben. Andererseits - sollte sich ein Wahlbetrug nicht bestätigen - wäre eine Rehabilitierung gelungen, die eine erhebliche Vertrauensbasis erschaffen hätte..

Als Bürger, der bei der Auszählung der Stimmzettel in seinem Wahllokal anwesend war und das Ergebnis der Ja- und Nein- Stimmen in diesem Wahllokal genau kennt, möchte ich Ihnen einen Vorschlag unterbreiten, in welcher Form sich eine Untersuchung - trotz verbrannter Wahlunterlagen - auf relativ unkomplizierte Weise abspielen könnte. In allen Wahlkreisen sollten die Wahllokal-Kommissionen mit den Bürgern zusammentreffen, die bei der Stimmauszählung anwesend waren, und beide, Kommission und Bürger, sollten das Wahlergebnis rekapitulieren. Die Zahlen könnten dann auf Kreis- und Bezirksebene zusammengefaßt und mit den im Mai veröffentlichten Zah-

len verglichen werden.
...Für die Arbeit in einer unabhängigen Untersuchungskommission würde ich meine Mitarbeit anbieten.

Dr. P. Loose

"Sie wollten nichts anderes als die Freiheit",

lautete die Überschrift zu einem Foto einer Zeitung der "Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte" (IGfM) im Jahre 1976. Auf dem Foto - faschistische deutsche Truppen und Einheiten der Wlassow-Armee (im Zweiten Weltkrieg zu den Deutschen desertierte sowjetische Truppenteile) bei einer gemeinsamen Parade.
In letzter Zeit wurde die IGfM nun auch in der DDR aktiv. So verschickte man z.B. Briefe mit Geschichten von politischen Häftlingen, dem Büro des NEUEN FORUM in der Dreilindenstraße wurde umfangreiches Informationsmaterial untergeschoben.
Ich möchte hier einige Fakten zur Entwicklung und zur Arbeit dieser Menschen - Rechts - Organisation anführen:
Hervorgegangen ist die IGfM aus dem "Bund russischer Solidaristen" (NTS), der in den 30er Jahren aus russischen Emigranten in Westeuropa entstand. Während des Zweiten Weltkrieges kämpften viele Mitglieder des NTS mit den Wlassow-Truppen an der Seite von SS-Divisionen. Die NTS galt als offizielle Filiale der Gestapo.
Nach dem Krieg wurden schleunigst weitreichende Verbindungen zu westlichen Geheimdiensten (z.B. CIA) aufgebaut. 1972 erfolgte die Umbennenung und seitdem die ständige Ausweitung der Arbeit.
Zu dieser Arbeit gehören heute die Förderung der Contras in Nicaragua ebenso wie der Savimbi-Terrortruppen in Angola. Verbindungen bestehen zu verschiedensten rechten Gruppierungen in der ganzen Welt.
Und nun tauchen sie auch bei uns auf. In Dresden entstand die "Initiative Demokratische Erneuerung", die IGfM-Material in der DDR verbreitet.
"Sie wollten nichts anderes als die Freiheit..."

Jan Peter

In eigener Sache

Das ist die erste Zeitung "NEUES FORUM LEIPZIG", die mit staatlicher Druckgenehmigung erscheint! Wir erhöhen unsere Auflage und werden ein Abo-System einrichten. Dies ist ein Angebot.

Wir bitten die Arbeitsgruppen des NEUEN FORUM Leipzig, Artikel oder Berichte über den aktuellen Stand ihrer Arbeit, über Erreichtes oder nicht Erreichtes und über eventuelle Behinderungen mit Angabe der Gründe und der dafür Verantwortlichen an die Redaktion zu schicken. Danke.

Bitte weitergeben und selber schreiben!







— International Secretariat —

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte · International Society for Human Rights
Société Internationale pour les Droits de l'Homme · Sociedad Internacional para los Derechos Humanos

IGFM · International Secretariat · D-6000 Frankfurt/Main · Kaiserstrasse 72 · Germany

International Secretariat / German Section:
D-6000 Frankfurt/Main - Germany
Kaiserstrasse 72
Telephone: 069 - 236971/72
Telex: 4185181 igfm d
Telefax: 069 - 234100

Bank Account:
Commerzbank Frankfurt/Main -
Germany - No. 6824114

IGFM has consultative status
with the Council of Europe

An das
NEUE FORUM LEIPZIG
Dreilindenstraße

L e i p z i g

Frankfurt am Main, 7. Dezember 1989

Liebe Landsleute beim NEUEN FORUM in Leipzig!

Im "Informationsblatt Nr. 7" des NEUEN FORUM LEIPZIG hat "Jan Peter" unserer Gesellschaft eine ganze Seite gewidmet. Im Prinzip ist das erfreulich, denn in den letzten Jahren konnten aus bekannten Gründen nicht viele Informationen über unser Wirken und Wollen in der DDR verbreitet werden. Umso mehr hat uns überrascht und auch betroffen gemacht, daß Jan Peter dabei - ohne vorher bei uns anzufragen oder das Gespräch mit uns zu suchen - eine Fülle falscher Informationen über uns verbreitet, wie wir sie aus den letzten Jahren nur aus der "Jungen Welt", der "UZ" oder ähnlichen Organen kannten.

Die gröbsten Falschheiten möchten wir eben richtigstellen und bitten dringend darum, diese Richtigstellung in einem der nächsten Informationsblätter zu veröffentlichen:

Im Jahr 1976 hat die IGFM überhaupt noch keine Zeitung publiziert, in der Fotos veröffentlicht wurden. Schon deswegen kann das angeblich "faschistische deutsche Truppen und Einheiten der Wlassow-Armee" zeigende Bild nicht in einer IGFM-Publikation veröffentlicht worden sein.

Genauso gegenstandslos ist die Behauptung, die IGFM sei aus dem "Bund russischer Solidaristen" (NTS) hervorgegangen. 1972 wurde zwar die IGFM - damals als "GFM"; zur "IGFM" wurde sie erst 1981 - gegründet, aber es war eine völlig unabhängige Neugründung und keine "Umbenennung" (des NTS), wie Jan Peter schreibt. Insofern sind sämtliche von Jan Peter über den NTS erhobene Behauptungen, deren Richtigkeit zu beurteilen nicht unsere Sache ist, jedenfalls in keiner Weise von Bedeutung für die IGFM.

Falsch ist die Behauptung, daß wir die "Contra" in Nicaragua förderten oder "Savimbi-Terrortruppen in Angola". In der Satzung der IGFM ist ausdrücklich festgeschrieben, daß wir keine Person oder Gruppe in irgendeiner Weise unterstützen, die Gewalt anwendet oder zu Gewaltanwendung aufruft. Zu diesem Grundsatz bekennen wir uns, weil unserer Überzeugung nach nur der gewaltlose Einsatz für die Menschenrechte - nach den Vorbildern z.B. eines Mahatma Gandhi oder Andrej Sacharow - tatsächlich zu mehr Menschenwürde und Rechtsstaatlichkeit führen kann. In Nicaragua versuchen wir seit Jahren, den Opfern von Menschenrechtsverletzungen der "Contra" ebenso wie der sandinistischen Regierung zu helfen; in Angola galt und gilt unser Einsatz besonders den SWAPO-Mitgliedern, die die SWAPO selbst dort jahrelang ohne Gerichtsverfahren gefangenhält.

In den letzten 17 Jahren hat ein besonderer Arbeitsschwerpunkt der (I)GFM bei den Menschenrechtsverletzungen in der DDR gelegen: Tausende von Fällen politischer Inhaftierung, verweigerter Familienzusammenführung oder sonstiger Rechtsverletzungen wurden uns berichtet; in vielen Fällen konnten wir auch helfen. Noch gibt es auch in der DDR vieles im Menschenrechtsbereich zu tun. Besonders freuen würde uns, wenn Viele in der DDR die neu errungenen Freiheiten und Möglichkeiten nutzen würden, sich nun ihrerseits für die noch unter Menschenrechtsverletzungen leidenden Menschen in anderen Ländern einzusetzen.

In dieser Situation kann es doch sicher nicht im Sinn des NEUEN FORUM sein, Altpropaganda von FDJ oder DKP gedruckt zu verbreiten! Der allerorten beschworenen Wahrhaftigkeit wird damit ebensowenig ein Dienst erwiesen wie dem so dringend nötigen gemeinsamen Einsatz für die Lösung der noch akuten Menschenrechtsprobleme in der DDR oder anderswo. Die IGFM ist eine offen arbeitende Organisation, die für jeden offensteht, der ihre Grundsätze zu respektieren bereit ist. Wir sind zu jeder Diskussion und Information bereit; wir freuen uns auf das Miteinander mit vielen Bürgern in der DDR, die uns in den letzten Tagen und Wochen angeschrieben oder angesprochen haben; wir hoffen, beim jetzigen Aufbruch da oder dort konstruktiv mithelfen zu können, wo wir darum gebeten werden.

In diesem Sinn grüßt aus Frankfurt am Main mit vielen guten Wünschen (auch an Jan Peter, dem wir eine Kopie dieses Briefes schicken) Ihre

INTERNATIONALE GESELLSCHAFT FÜR MENSCHENRECHTE

S. Wähling | Jörn Ziegler

Sylvia Wähling | Jörn Ziegler